

BeschluB antrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Brigitte Schwarz-Klement, Ing. Peter Westenthaler, Ilse Arié eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 27. Mai 1994 zu Post 2 der Tagesordnung betreffend die Vorlage eines Landespflichtschulerhaltungs-Sonderfinanzierungsgesetzes

Während die Stadt Wien in den nächsten Jahren umfangreiche Geldmittel für den Neubau einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Schulen aufwendet, muß die Last der Erhaltungsarbeiten für jene Schulen, die von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Wiener Kinder besucht werden, aus den Bezirksbudgets beglichen werden. Da die Bausubstanz oftmals aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg herrührt - in den letzten 30 Jahren wurden keine nennenswerten Bauvorhaben bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen verwirklicht - und die Schulen durch stets steigende Schülerzahlen stark ausgelastet sind, nimmt der Sanierungsbedarf ständig zu. Die Projektierungen der MA 56 zur Schulbautensanierung betragen alleine für das kommende Jahr wienweit knappe 600 Millionen Schilling, wobei diese Anforderungen auch noch in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung zu liegen kommen werden. Dem stehen jährliche Bezirks-Budgetmittel in der Höhe von 1,02 Milliarden Schilling gegenüber, mit denen die Bezirke alle die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen haben.

Um die Schulbausanierung zügig vorantreiben zu können und eine Sanierungsplanung über mehrere Jahre hinweg realisierbar wird, soll der Wiener Landtag ein Pflichtschulerhaltungs-Sonderfinanzierungsgesetz verabschieden, daß den Wiener Gemeinderat verpflichtet, den Bezirken zweckgebundene Budgetmittel zur Schulraumsanierung zur Verfügung zu stellen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

BeschluB antrag:

2103/LAT/94

Der Wiener Landtag wolle beschließen:  
Seitens des Amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke und der Amtsführenden Stadträtin für Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen möge dem Wiener Landtag ein Pflichtschulerhaltungs-Sonderfinanzierungsgesetz zur Beratung Beschlußfassung vorgelegt werden.

Mit diesem Gesetz soll sichergestellt werden, daß den Bezirken zur umfassenden Sanierung der Schulbauten Budgetmittel in der Größenordnung von 500 Millionen Schilling jährlich, begrenzt auf eine Dauer von 10 Jahren, zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an die amtsführenden Stadträte für "Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke" und "Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen" beantragt.

Handwritten signatures and initials, including names like "Hoch", "Rui", and "Schwarz".